

Wann und wie soll der Staat bei Wirtschaftskrisen eingreifen? – Grundgedanke der Nachfrageorientierung nach Keynes

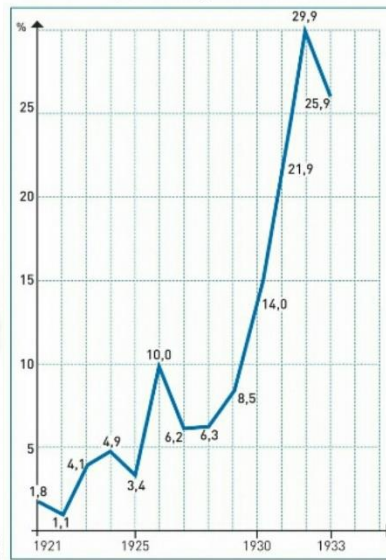
M 1 • Neue Wirtschaftspolitik gesucht: Die Weltwirtschaftskrise 1929

a) „Der Schwarze Freitag“

Am 25. Oktober 1929, dem „Schwarzen Freitag“, brachen in New York die Börsenkurse zusammen und rissen die Notierungen in allen westlichen Staaten mit nach unten. Über Nacht verloren Millionäre ihr Vermögen, Rentner ihre Ersparnisse. [...] In der Folge kam es zur großen Weltwirtschaftskrise, der tiefsten Depression seit Beginn des Industriezeitalters mit einer noch nie erlebten Massenarbeitslosigkeit.

Herbert Sperber, *Wirtschaft verstehen*, 4. Auflage, Stuttgart 2012, S. 151

b) Arbeitslosigkeit in Deutschland



Angaben in % der abhängigen Erwerbspersonen

Nach: Dietmar Petzina u. a., *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III*, München 1978, S. 119

Traditionelle wirtschaftswissenschaftliche Position vor 1929: Das Saysche Theorem:

Saysches Theorem

Nach dem französischen Nationalökonom Jean Baptiste Say (*1767, gestorben 1832) bezeichneter ökonomischer Lehrsatz, bei dem angenommen wird, dass sich jedes volkswirtschaftliche Angebot seine eigene Nachfrage selbst schafft, da mit der Herstellung von Gütern gleichzeitig das

Geld verdient wird, um diese Güter zu kaufen. Gesamtwirtschaftliches Angebot und Nachfrage haben danach die Tendenz zu einem Gleichgewichtszustand, bei dem Vollbeschäftigung herrscht.

Achim Pollert u. a., *Das Lexikon der Wirtschaft*, 2. Auflage, Bonn 2004, S. 118

M1 Die „keynesianische Revolution“: Mit Fiskalpolitik aus der Wirtschaftskrise

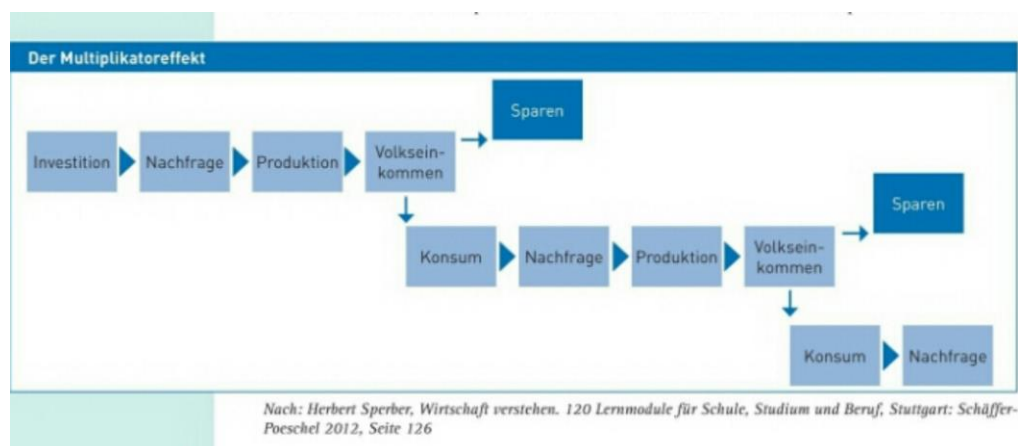
[Angesichts der Wirtschaftskrise rieten] die führenden Ökonomen [...] den Regierungen abzuwarten und bei den öffentlichen Ausgaben zu sparen. Der britische Nationalökonom John Maynard Keynes hingegen forderte genau das Gegenteil. Er empfahl der britischen Regierung, sich bei den Banken Geld zu leihen und damit Aufträge an die Industrie zu finanzieren. Die aufgenommenen Kredite könne man in der dann folgenden Boomphase, wenn bei hoher Beschäftigung die Steuern reichlicher fließen, wieder zurückzahlen. Das Keynesische Rezept des so genannten Deficit-Spending bildet heute einen normalen Bestandteil der Fiskalpolitik. Damals jedoch war es ein Frontalangriff gegen die herrschende Lehre der Klassiker, die staatliche Interventionen in den Wirtschaftsablauf ablehnten und darauf vertrauten, dass sich auf lange Sicht automatisch ein Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung einstellen werde. Die von Keynes darauf gegebene Antwort ist Legende: „In the long run“, bemerkte er, „we are all dead.“ Keynes stellte die Grundpfeiler des klassischen Systems infrage: Das Saysche Theorem [vgl. Info] könne unter anderem deshalb nicht funktionieren, da die Leute Geld nicht nur halten, um damit Güter zu kaufen oder Wertpapiere zu erwerben (deren Gegenwert dann als Kredit den Investoren zufließt), sondern auch als Wertaufbewahrungsmittel in Form einer so genannten Spekulationskasse. Durch dieses Horten von Geld kommt es zu einem effektiven Nachfrageausfall. Erschwerend tritt hinzu, dass die Löhne nach unten nicht flexibel sind, sondern starr. Dadurch ist der zweite von den Klassikern behauptete Mechanismus der

Anpassung in Richtung eines Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung blockiert. Vielmehr besteht die Gefahr, dass es zu einem Unterbeschäftigungsgleichgewicht kommt, aus dem sich die privaten Wirtschaftssubjekte alleine nicht befreien können. Es kann deshalb nach Keynes nur der Staat sein, der durch eine expansive Politik die fehlende gesamtwirtschaftliche Nachfrage erzeugt und damit einen multiplikativen Aufschwung in Gang setzt. Im Schaubild würde sich die Nachfragekurve nach rechts verschieben. Bei steigendem Preisniveau (und – damit verbunden – sinkenden Reallöhnen) nehmen die Produktion und die Beschäftigung zu. Dabei unterstellt Keynes [...], dass die Arbeiter der Geldillusion unterliegen: Sie erkennen den vollen Umfang der Preisniveauerhöhung nicht und akzeptieren deshalb die entstehende Reallohnsenkung. [...] Die Gedanken des von Keynes und seinen Anhängern entwickelten Keynesianismus haben die Theorie und die Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg so nachhaltig beeinflusst, dass man von der „keynesianischen Revolution“ sprach. Das Konzept der keynesianischen Globalsteuerung fand beispielsweise im deutschen Stabilitätsgesetz von 1967 seinen Niederschlag. Es bildet die Grundlage dafür, dass der Staat von Fall zu Fall (diskretionär) in den Wirtschaftsablauf eingreift. Als Mittel der Stabilisierungspolitik kommen insbesondere fiskalpolitische Maßnahmen – also die Variation von Steuern bzw. Staatseinnahmen und Staatsausgaben – infrage.

Quelle: Herbert Sperber, *Wirtschaft verstehen*, 4. Auflage, Stuttgart 2012, S. 151 ff.

M2 Wie Nachfragesteuerung wirken soll: Der Multiplikatoreffekt

Der Multiplikatoreffekt bezeichnet in der Wirtschaftstheorie die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts, die sich durch zusätzliche Ausgaben des Staates, der privaten Haushalte oder des Auslands (Export - einnahmen) sowie vermehrter Investitionsaufgaben von Unternehmen ergeben. Diese Vervielfältigungswirkungen können beispielsweise dadurch zustande kommen, dass infolge steigender Unternehmensinvestitionen neue Arbeitsplätze geschaffen und somit zusätzliche Einkommen auf Seiten der privaten Haushalte generiert werden. Führt dieses höhere Einkommen auch zu höheren Konsumausgaben – ein Teil des Einkommens wird in der Regel gespart –, können durch eine steigende Nachfrage wiederum neue Arbeitsplätze entstehen. Dieselben Prozesse können auch von steigenden Exporten (Exportmultiplikator) und höheren Ausgaben des Staates (Staatsausgabenmultiplikator, vgl. Antizyklische Fiskalpolitik nach Keynes) ausgelöst werden. Der Multiplikatoreffekt kann jedoch durch verschiedene Faktoren begrenzt werden. Hierzu sind insbesondere höhere Steuerbelastungen, eine hohe Sparneigung der privaten Haushalte oder eine stärkere Kapitalmarktorientierung der Unternehmen (z.B. Ausschüttung der höheren Unternehmensumsätze als Dividende statt Reinvestition) zu zählen. Die Multiplikatoreffekt-Theorie hat in der ökonomischen Praxis Bedeutung für die Prognose konjunktureller Entwicklungen sowie für wirtschaftspolitische Entscheidungen, wobei sein Ausmaß jedoch sehr unterschiedlich eingeschätzt wird: Während Keynes davon ausging, dass der Multiplikator fiskalpolitischer Maßnahmen bei 2,5 liege – ein Dollar Staatsausgaben also 2,50 Dollar zusätzliche Wirtschaftsleistung generiere –, gehen jüngere Forschungen von niedrigeren Werten aus, wobei in ungünstigen Fällen der Multiplikator sogar unter 1,0 liege und somit die Wirtschaftsleistung begrenze



M 4 ● Der Multiplikatoreffekt in der Praxis

Erwartete Effekte fiskalpolitischer Maßnahmen in den USA:

Maßnahme	Geschätzter Anstieg des realen BIP pro \$ an Kosten der Maßnahme
Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld	1,73
Senkung der Einkommenssteuersätze von 15 % auf 10 %	1,34
Finanzhilfen für Bundesstaaten	1,24
Steuerergutschriften für Kinder	1,04
Senkung der Grenzsteuersätze für Personen mit höheren Einkommen	0,59
Verbesserte steuerrechtliche Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen	0,24
Senkung der Dividendenbesteuerung	0,09
Senkung der Erbschaftssteuer	0,00

Paul Krugman, Robin Wells, Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 2010, S. 938, Aus dem amerikanischen Englisch übertragen von Klaus Dieter John, www.economy.com

Ist die Nachfrageorientierung in allen Wirtschaftskrisen ein angemessenes Instrument der Fiskalpolitik?

- Ölkrise 1970er Jahre (OPEC Staaten fördern kein Öl)
- Aktuell bevorstehende Rezession aufgrund Corona-Krise

Info

Fiskalpolitik

Einsatz der öffentlichen Finanzen im Dienste der Konjunktur- und Wachstumspolitik. Expansive Fiskalpolitik: nachfrageerhöhend, z.B. durch Senkung der Steuern; kontraktive bzw. restriktive Fiskalpolitik: nachfragedämpfend, z.B. durch Steuererhöhung. „Während Keynes Konjunkturimpulse al-

lein durch unmittelbaren Staatskonsum (z.B. steuerfinanzierte Infrastrukturprojekte) realisieren wollte, spielen in der wirtschaftspolitischen Praxis und in den Überlegungen von „Neo-Keynesianern“ auch Konsumanreize (z.B. durch Steuererleichterungen oder zweckgebundene Kaufprämien) eine wichtige Rolle.“